

## **TOP 05      Erläuterungen zur Änderung der Satzung für Zugangs- und Verfahrensbestimmungen für das weiterbildende Studium mit Zertifikationsabschluss in einem Bachelor-Nebenfach**

Der Studienausschuss legt dem Senat diese Änderungsfassung zur Beschlussfassung vor, damit die Universität Erfurt ab dem WS 2022/23 Bewerbern auch weiterhin ermöglicht ein lehramtsrelevantes Bachelor-Nebenfach im Rahmen eines Zertifikationsstudiums zu studieren. Eine Einschreibung in die älteren Bachelor-Nebenstudienrichtungen kann nicht mehr erfolgen, da diese auslaufend sind und Lehrangebote für das erste Studienjahr schon jetzt nicht mehr geplant und angeboten werden. Für ein Einschreiben in die betroffenen lehramtsrelevanten Bachelor-Nebenfächer wird erst durch diese Satzung die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen.

Der Studienausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit den Änderungen der Satzung beschäftigt. Grundsätzlich schlägt der Studienausschuss vor, dass die o.g. Satzung den bereits geänderten Studienangeboten in den Bachelor-Nebenfächern angepasst werden soll. Zudem sollen die Zertifikationsangebote der UE einem erweiterten Interessent\*innenkreis offenstehen. So schlägt der Studienausschuss mit der Neuregelung von § 3 Abs. 1 (Vgl. S. 3 des Satzungsentwurfs) vor, die Bachelor-Nebenfächer parallel zum grundständigen Bachelor-Studium anzubieten. Damit sollen die gleichen Zugangsvoraussetzungen für das Zertifikationsstudium gelten, wie für den Zugang zum Bachelor-Studium. Es muss insbesondere eine Hochschulzugangsberechtigung nachgewiesen werden, neben dem Abitur zählen dazu auch ein Meisterabschluss oder die im Satzungsentwurf aufgeführten Berufsabschlüsse (Vgl. S. 3 des Satzungsentwurfs).

In Umsetzung dieses Änderungsvorschlages ergeben sich zwei Konsequenzen, die der Studienausschuss bisher weder beraten noch beschlossen hat:

1. Der ursprüngliche § 3 Abs. 1 Buchstabe (b) ist ersatzlos zu streichen, da jede Person, die die Zugangsvoraussetzungen für das Bachelorstudium erfüllt damit auch den Zugang zum Zertifikationsstudium beantragen kann.
2. Für den erweiterten Zugang ist die Gebühren-Regelung unter § 6 (Vgl. S. 4 des Satzungsentwurfs) für jedes einzelne Zertifikationsangebot zu ändern, denn grundsätzlich ist das weiterbildende Studium gemäß § 6 Abs. 1 ThürH-GEG kostendeckend anzubieten. Grundsätzlich ist eine Querfinanzierung der Weiterbildung aus den grund- und konsekutiven Studienangeboten nicht zulässig. Ein erster Formulierungsvorschlag, wie dann die Regelung zu § 6 aussehen könnte, ist vom Justiziar in die Vorlage eingearbeitet worden. Eine Vollkostenberechnung je Zertifikationsstudienangebot ist bisher nicht erfolgt. Davon zu unterscheiden ist die Zulässigkeit der bisherigen Kostenregelung, die über § 6 Abs. 1 S. 3 ThürHGEG i.V.m. der Zielvereinbarung UE TMWWDG abgesichert ist.

Der Justiziar, Herr Becher, schlägt folgendes vor:

1. Der Senat gibt die Neuregelung zu § 3 (Vgl. S. 3) und die daraus folgende Neuregelung zu § 6 (Vgl. S. 4) an den Studiausschuss zur Beratung zurück, um die Rechtsfolgen für eine spätere Neuregelung zu diesen Punkten zu beraten.
2. Um Einschreibungen für Zertifikationsstudiengänge zum WS 2022/23 zu ermöglichen, wird die restliche Satzung mit dem ursprünglichen Änderungsvorschlag in § 3 (Vgl. S. 2) vom Senat beschlossen. Eine Änderung von § 6 ist dann nicht nötig.

Auch weiterhin würde zum WS 2022/23 das Zertifikationsstudium für diejenigen Studieninteressierten offenstehen, die das Zertifikationsstudium postgradual studieren wollen, um damit eine Lehrbefähigung für ein weiteres Unterrichtsfach zu erwerben. Dafür stehen die Bachelor-Lehrveranstaltungen offen, so wie sie im Präsenzstudium angeboten werden. In § 6 Abs. 1 ist geregelt, dass für die geforderten 60 LP/ECTS 2 x 500 Euro, d.h. in der Summe 1000 Euro von den Studierenden zu entrichten sind. Hierfür liegt eine mit dem TMWWDG am 09.12.2020 vertragliche Vereinbarung vor, welche die UE die lehramtsrelevanten Weiterbildungsangebote nicht kostendeckend anbieten lässt.